



50 JAHRE DANACH

Gedenkveranstaltungen als Ergebnis langjähriger Bemühungen um die Aufarbeitung der NS-Verbrechen und des Gedenkens an die Opfer

von Thomas Lutz

50 Jahre danach - eine Veranstaltungsübersicht

Diese Sondernummer des Gedenkstätten-Rundbriefs enthält eine Übersicht über die Veranstaltungen, die anlässlich des 50. Jahrestages der Lagerbefreiungen geplant sind.

Grundlage der Übersicht ist eine Umfrage bei Gedenkstätten/Initiativen, die regelmäßige Bezieher des von der Stiftung Topographie herausgegebenen „Gedenkstätten-Rundbriefs“ sind. All denjenigen, die durch Ausfüllen und Rücksenden bei der Erhebung mitgeholfen haben, sei hier ein herzlicher Dank ausgesprochen.

Im Mittelpunkt der Auflistung stehen die Gedenkveranstaltungen in Deutschland. Soweit bekannt, sind darüber hinaus Veranstaltungen, die in anderen Ländern durchgeführt werden, aufgenommen worden. Die Übersicht ist nach Postleitzahlen geordnet. Im Index ist ein Ortsverzeichnis abgedruckt.

Bei der hier vorliegenden Übersicht kann keine Vollständigkeit in Anspruch genommen werden. Z.B. der Bereich der Veranstaltungen, die an Orten - ehemaligen - jüdischen Lebens, z.B. Synagogen und Friedhöfen, durchgeführt werden, ist in diesem Zusammenhang sicherlich nicht umfassend dokumentiert.

Stand der Angaben zu den Veranstaltungen ist der 27. Januar 1995. Obwohl in den letzten Tagen davor noch Rückmeldungen eingegangen sind und zahlreiche Veranstaltungshinweise nachrecherchiert wurden, kann diese Übersicht nur ohne Gewähr gegeben werden. Die genauen Veranstal-

tungsabläufe sind häufig noch in der Planung; Zeit und Ort sind in der Regel sicher, der genaue Ablauf und insbesondere die Redebeiträge werden aber zum Teil noch verhandelt.

Die Stiftung Topographie des Terrors wird darauf Rücksicht nehmen, indem im nächsten regulären Gedenkstättenrundbrief - Redaktionsschluß 20. Februar 1995 - eine Ergänzungs- und Änderungsliste erscheint. Für die darauffolgenden Wochen ist geplant, daß das Gedenkstättenreferat der Stiftung Topographie weiterhin zentrale Anlaufstelle für die Übersicht über die Veranstaltungen, die im Zusammenhang mit historischen Orten der NS-Verfolgung in Deutschland durchgeführt werden, sein wird.

Dieser Service wird schon seit Beginn des Jahres verstärkt von den Medien, Parteien und Parlamenten, Regierungen und Verwaltungen in Anspruch genommen.

Ich bitte daher alle Gedenkstätten, Initiativen, Organisationen und Personen, mir bis unmittelbar vor Veranstaltungstermin Ergänzungen und Änderungen umgehend mitzuteilen.

Berichte über die bevorstehende Veranstaltungswelle sollen darüber hinaus archiviert werden. Ich würde mich daher freuen, wenn ich möglichst viele Informationen über den Verlauf und die Rezeption der Veranstaltungen erhalten könnte, etwa Zeitungsberichte, Veranstaltungsprogramme, Redebeiträge etc..

50 Jahre danach - Gedenktage als Höhepunkte der kontinuierlichen Arbeit

Von wenigen Ausnahmen abgesehen, steht der 50. Jahrestag der Befreiung bei der überwiegenden Zahl der an historischen Stätten der NS-Verfolgung arbeitenden Institutionen und Initiativen seit Monaten im Zentrum ihrer Tätigkeit. Für die anstehenden Jahrestage, die sich in Deutschland, je nach genauem Datum der Befreiung vor Ort, auf Tage im April konzentrieren, werden Feierlichkeiten und Veranstaltungsreihen konzipiert und durchgeführt werden, die die Mitarbeiter an ihre Leistungsgrenze - manchmal auch schon darüber hinaus - bringen. Dieses hohe Engagement ist zugleich auch ein Gradmesser für die große Bedeutung, die diesem runden Jahrestag weltweit beigemessen wird.

Von vielen Überlebenden und deren Angehörigen wird der Tag als nahezu letzte Möglichkeit angesehen, nochmals zu den Stätten ihres Leidens zurückzukehren und dort mit Schicksalsgefährten oder anderen Menschen, die an ihrer persönlichen Geschichte interessiert sind, zusammenzutreffen. Vor allem Menschen aus Osteuropa benötigen für diese Reise finanzielle Unterstützung. Nach langem Zögern hat sich die Bundesregierung bereit erklärt, in Zusammenarbeit mit einigen Bundesländern, finanziell zu helfen. Von den Bundesländern, die Überlebende des NS-Terrors eingeladen haben, reicht die Spannweite des finanziellen Engagements von mehreren hunderttausend DM, die das Land Brandenburg veranschlagt hat, bis zu fünfzigtausend DM in Hamburg.



Mit dem Hinweis auf die Jahrestage war es möglich, bei den unterschiedlichsten Projekten eine Förderung zu erhalten: Insbesondere in den neuen Bundesländern sollen bis zu den Feierlichkeiten eine Reihe von Baumaßnahmen abgeschlossen sein. Projekte zur weiteren historischen Erforschung der Verfolgungsgeschichte münden in Publikationen oder Wechselausstellungen, die anlässlich der Jahrestage vorgestellt werden sollen. In Buchenwald und Neuengamme wird dieser Jahrestag Anlaß der Eröffnung ihrer neuen Dauerausstellungen zur Geschichte der Konzentrationslager sein, die über den 8. Mai 1995 hinaus langfristig für die Besucher offenstehen werden.

In Westdeutschland kann man von einer „Bewegung“ die Veranstaltungen zur kritischen Auseinandersetzung mit dem NS-Regime an historischen Jahrestagen initiiert, erstmals anlässlich des 50. Jahrestages der Machtübergabe an die Nationalsozialisten am 30. Januar 1983 sprechen. Auch 1985, zum 40. Jahrestag der Befreiung, hat es eine große Zahl an Veranstaltungen gegeben. Im Vergleich zu den nun bevorstehenden Feierlichkeiten und Veranstaltungen sind jedoch Unterschiede festzuhalten:

Vor zehn bis zwölf Jahren haben sich die Gedenkstätten/Initiativen noch sehr um eine öffentliche Anerkennung bemühen müssen. Öffentliche Würdenträger bei den Veranstaltungen vor Ort als Mitwirkende zu gewinnen, war ungleich schwerer als in diesem Jahr. Die Befreiungstage der großen Konzentrationslager werden im Moment auf der politischen Ebene sehr ernst genommen. Landesregierungen oder Parteifraktionen werden geschlossen an den Feierlichkeiten teilnehmen. Dies war zumindest in Westdeutschland bisher nicht vorstellbar.

Aus Sicht der Gedenkstätten ergibt sich nun eher das Problem, daß diese hohe öffentliche Bedeutung und die sich daraus ergebenden protokollarischen Notwendigkeiten in Einklang mit den Wünschen der

Überlebenden und Gedenkstättenmitarbeiter zu bringen sind.

Anlässlich des 40. Jahrestages der Befreiung vom Nationalsozialismus fand der Staatsakt der Bundesrepublik Deutschland am 8. Mai 1985 in Bonn statt. Bundespräsident Richard von Weizsäcker hat zu diesem Anlaß eine Rede gehalten, die für viele NS-Opfer einen Durchbruch bedeutete. Erstmals wurde ihre Verfolgung während der NS-Zeit von einem deutschen Staatsoberhaupt zur Kenntnis genommen. Im Jahr 1995 wird dieser offizielle Akt am 27. April gemeinsam mit dem Gedenken der Befreiung des Konzentrationslagers Bergen-Belsen unter Mitwirkung von Bundespräsident Roman Herzog und Bundeskanzler Helmut Kohl stattfinden. Darüber hinaus finden die offiziellen Gedenkfeiern zahlreicher Länderregierungen und Körperschaften ebenfalls an historischen Orten der NS-Verbrechen statt.

Bei der jährlichen Wiederkehr des 8. Mai wird immer aufs neue diskutiert, ob die bedingungslose Kapitulation der deutschen Wehrmacht als Befreiung vom Nationalsozialismus, als Kapitulation und Kriegsende oder gar als Beginn einer neuen Unterdrückung, zumindest in der sowjetisch besetzten Zone, zu werten ist. Mit der Wahl der Orte für die Gedenkveranstaltungen in diesem Jahr, an den Stätten der NS-Verbrechen, wird diese Diskussion eindeutig beantwortet. Darüber hinaus wird der Zusammenhang von Ursache und Auswirkungen deutlich. In dem System der Konzentrationslager waren zu Kriegsende etwa 90 % der geschätzten 750.000 Häftlinge Ausländer. Ohne die zuerst von Deutschen in Europa begangenen unvergleichbaren Verbrechen wäre es nicht zu dem Leiden der deutschen Bevölkerung durch Bombenangriffe oder Flucht gekommen.

Richard von Weizsäcker hat mit seiner Rede vor 10 Jahren Maßstäbe gesetzt, an denen die Redebeiträge dieses Jahres gemessen werden. Zugleich sollte aber in den diesjährigen öffentlichen Manifestatio-

nen der Fortschritt im letzten Jahrzehnt deutlich werden:

- An zahlreichen Orten sind neue Gedenkstätten entstanden. Was Ende der siebziger Jahre als große Bürgerinitiative angefangen hat, ist heute vielerorts zu einer kleinen Institution geworden.

Definiert man Gedenkstätten so, daß erstens: ein Zugang zum historischen Ort vorhanden ist, zweitens: diese Stätte durch eine Ausstellung dokumentiert und erklärt wird und drittens: eine kontinuierliche inhaltliche Arbeit stattfindet - dies kann von großen Gedenkstätten wie Buchenwald bis hin zu kleinen Initiativen, die sich ausschließlich ehrenamtlich zusammensetzen, reichen - so bestehen heute in Deutschland über 60 dieser Einrichtungen.

Ohne die jahrelangen, engagierten und auch vor zahlreichen Schwierigkeiten und Hürden nicht kapitulierenden Bemühungen dieser Institutionen wäre das öffentliche Bewußtsein nicht geschärft worden, das zu den diesjährigen Befreiungsfeierlichkeiten und Veranstaltungen an den historischen Stätten führt.

- Das Wissen um das System der Verfolgung und die unterschiedlichen Gruppen der Verfolgten hat sehr zugenommen.

- Für die Verfolgten und ihre Interessenvertretungen ist die Beschäftigung mit der NS-Verfolgung zumeist verbunden mit Bemühungen um gesellschaftliche Anerkennung, finanzielle Entschädigung - die vielen „vergessenen Opfern“ und Verfolgten aus dem Ausland entweder nicht oder nur in unzureichendem Maße gewährt wird - und mit einer Bürgerrechtsarbeit, etwa bei Sinti und Roma oder Homosexuellen.

- Trotz oder vielleicht gerade wegen der zahlreichen Hindernisse und Widerstände, mit denen die Gedenkstätten in Deutschland konfrontiert wurden, haben sie sich in ihrer Arbeit eine hohe Integrität und Authentizität erworben.

An die Reden während der Gedenkveranstaltungen zum 50. Jahrestag der Befreiung werden hohe Erwartungen geknüpft. Die Überlebenden aus dem Ausland erhoffen



sich eine - häufig erst jetzt zum ersten Mal persönlich vor ihnen ausgesprochene - Anerkennung ihres Leidens. Das Ausland und ein Teil der deutschen Gesellschaft erwarten, daß die Erinnerung an die NS-Verbrechen und deren Opfer als Mahnung zum Eintreten für mehr Menschlichkeit, Solidarität und Toleranz mit Anders-Seienden und Anders-Denkenden zum Ausdruck kommt. Die Reden können genutzt werden, um deutlich zu machen, daß die Gesellschaft in Deutschland bereit ist, sich ohne Tabus, politische Instrumentalisierung oder Bagatellisierung und Relativierung mit der NS-Geschichte auseinanderzusetzen.

Die mit großer Öffentlichkeit begleiteten Veranstaltungen können sowohl im Inland ein neues Publikum erreichen, als auch im Ausland für das Ansehen der Bundesrepublik eine große Hilfe sein.

Die öffentlichen Manifestationen benutzen bei der Ansprache der Bevölkerung die Form der „symbolischen Politik.“ Die öffentlichen Bekundungen dürfen nicht nur vorge täuscht, sondern müssen glaubwürdig sein. Darüber hinaus muß eine Bereitschaft zur Aufnahme und Umsetzung bei der angesprochenen Bevölkerung vorhanden sein. Wenn jedoch ihre Ideen, Gefühle und Ansichten mit den Ansprachen der Politiker vereinbar sind, halte ich öffentliche Rituale, die sich eindeutig für ein Geschichtsbild in Deutschland einsetzen, das die Auseinandersetzung mit den NS-Verbrechen in allen Bereichen der Gesellschaft mit einschließt, für geeignet, die gesellschaftliche Diskussion auf eine neue Ebene zu bringen. Die symbolische Politik an diesen Jahrestagen könnte damit durchaus reale Auswirkungen mit sich bringen.

Skepsis, ob diese Bedingungen, die zu einer positiven Änderung notwendig sind, von beiden Seiten erbracht werden, bleibt jedoch angebracht.

Bei den bevorstehenden Veranstaltungen wird von den Mitwirkenden neben der historischen und politischen Bewertung der Geschichte eine sehr hohe moralische Integrität erwartet. Die Glaubwürdigkeit der

Politiker und öffentlichen Würdenträger wird daran gemessen, ob ihr politisches Handeln ihren Reden entspricht. Wenn die Gedenkstätten ausgenutzt werden, um den Rahmen für eine einseitige Profilierung abzugeben, wird ihre Integrität ebenfalls verletzt.

Ein warnendes Beispiel dafür ist der Streit um die Gedenkveranstaltungen zur Befreiung des KZ- und Vernichtungslagers Auschwitz.

In Deutschland gibt es ebenfalls Entwicklungen, die deutlich machen, wie groß der Glaubwürdigkeitsverlust des Gedenkens an NS-Opfer sein kann, wenn es von verschiedenen Seiten für aktuelle politische Positionen genutzt werden soll. Unter zahlreichen Beispielen, die nicht auf eine politische Strömung einzugrenzen sind, sei eines herausgegriffen. Der 50. Jahrestag des Attentats auf Hitler am 20. Juli 1994 macht die Gefahr deutlich, die mit dem Versuch der politischen Instrumentalisierung der Opfer verbunden ist:

Die Bemühungen, diesen Gedenktag politisch nutzbar zu machen, konnte in mehrfacher Hinsicht beobachtet werden: Bundesverteidigungsminister Volker Rühe hat bei der Eröffnung der Ausstellung "Aufstand des Gewissens. Militärischer Widerstand gegen Hitler und das NS-Regime 1933 - 1945" im Berliner Bendler-Block, der Außenstelle des Bundesverteidigungsministeriums, den Widerstandsbegriff sehr weit gefaßt und auch die Ereignisse der Wende 1989 einbezogen. Zugleich fügte er in seiner Rede hinzu, daß das Nationalkomitee Freies Deutschland und deren kommunistische Gründungsmitglieder Walter Ulbricht und Wilhelm Pieck nicht in das Gedenken miteingeschlossen werden dürften, da sie "verantwortlich für das Sterben an der Mauer" seien und "nur Vorbildcharakter haben (können - TL), was den Werten unserer Verfassung genügt"¹. Die Offiziere des 20. Juli "haben Deutschland die Ehre und Würde wiedergegeben, die

die Nazi-Verbrecher unserem Land geraubt haben."²

Verteidigungsminister Rühe führte in seiner Rede weiter aus: "Den Einsatz für Frieden, Freiheit und Humanität sind wir auch den Frauen und Männern des deutschen Widerstandes schuldig, die für diese Werte ihr Leben gaben."³

Die Ausnutzung von Opfern des NS-Regimes für aktuelle Anlässe ist äußerst problematisch. Es besteht die Gefahr, daß diese Menschen erneut zu Objekten einer politischen Instrumentalisierung gemacht werden. Die Frauen und Männer des 20. Juli können sich nicht mehr gegen diese Vereinnahmung wehren. Wenn der Vorbildcharakter des Widerstandes an seiner politisch-moralischen Zielsetzung unter heutiger Sicht gemessen wird, besteht die Gefahr, daß dieses Maß nur noch wenig mit den historischen Ereignissen zu tun hat. Um bei dem konkreten Beispiel zu bleiben: Man kann festhalten, daß die beiden aus heutiger Sicht so unterschiedlich bewerteten Gruppen, die Kommunisten und die militärischen Widerständler, eine Gemeinsamkeit - wenn auch mit unterschiedlichen politischen Vorzeichen - hatten: ihre Ablehnung der Demokratie von Weimar.

Am Beispiel der Erinnerung an den 20. Juli kann noch eine zweite Entwicklung aufgezeigt werden, die in den nächsten Wochen und Monaten in gesteigerter Form Gestalt annehmen wird: Der Medienrummel aus Anlaß des 50. Jahrestages im Juli 1994 gab dem Fernsehzuschauer und Zeitungsleser kaum mehr die Möglichkeit, sich nicht mit dem Thema zu befassen oder gleichgültig zu bleiben. Dieses, am Jahrestag hochschießende und ebenso schnell wieder abfallende Informationsangebot der Medien kann auch zu - gerade nicht beabsichtigten - Abwehrhaltungen führen. Zumindest kann man konstatieren, daß nicht mehr die Frage ist, ob über die NS-Vergangenheit in Deutschland informiert wird, sondern wie.

² Volker Rühe nach: DIE TAGESZEITUNG vom 20.7.94.

³ in: Der Tagesspiegel vom 20.7.94.

¹ Zitate nach Frankfurter Rundschau vom 20.7.94.



Selbst für einen „Erinnerungsprofi“ ist die Informationsflut schon anlässlich des Jahrestages der Befreiung von Auschwitz nicht mehr zu bewältigen. Subjektiv habe ich den Eindruck, daß die Medien ein Stück weit sich selbst inszenieren und dabei die Gefahr besteht, daß die Beiträge an sensationellen Äußerlichkeiten orientiert sind. Bei der Jagd nach den besten Bildern wird dann auch schon einmal ein Blumenbeet auf einem Massengrab niedergetreten - wie kürzlich anlässlich des Besuchs des Bundespräsidenten in der Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück geschehen.

Die Inhalte der Berichterstattung verlangen jedoch eher ein Innehalten und Nachdenken, sowie eine ruhige und intensive Auseinandersetzung.

Wie ernsthaft das Engagement für den und die vielen guten Worte an dem bevorstehenden Jahrestag wirklich sind, wird sich spätestens ab dem Haushaltsjahr 1996 herausstellen, wenn es darum geht, die Arbeit der Gedenkstätten weiter zu fördern und die finanziellen Rahmenbedingungen dafür bereitzustellen. Sowohl für die bauliche Erhaltung, als auch für die personelle und sachliche Ausstattung der Einrichtungen müssen auch in den nächsten Jahren zumindest dieselben Summen wie bisher bereit gestellt werden. Im Vergleich zu Museen mit ähnlich hohen Besucherzahlen sind die Gedenkstätten schon jetzt schlechter ausgestattet.

Trotz der zahlreichen neuen Forschungsergebnisse des letzten Jahrzehnts gibt es noch große Lücken bei der Forschung zu NS-Verbrechen, sowohl bei ihrem strukturellen Zusammenhang, als auch beim konkreten historischen Ereignis. Im musealen Bereich haben die Gedenkstätten zahlreiche Überlegungen zu Veränderungen und Verbesserungen, die jedoch aus Geldmangel bisher nicht umgesetzt werden können.

Die Besucherzahlen sind in den letzten Jahren in vielen Gedenkstätten in Westdeutschland und erfreulicherweise in letzter Zeit auch wieder in Ostdeutschland gestie-

gen. Die Gedenkstätten müssen darüber hinaus neben dem musealen Bereich auch weitere Tätigkeiten abdecken: Die Betreuung von Überlebenden und Angehörigen, den Rahmen für ein würdiges Gedenken herstellen und die Forschung voranbringen. Im Bereich der Bildungsarbeit ist es notwendig, die entwickelte Praxis auszuwerten und, darauf aufbauend, weitere inhaltliche Angebote zu machen, die ansprechend für Besucher sind.

Alles dies ist ohne das vorhandene große Engagement der Gedenkstättenmitarbeiterinnen und eine verbesserte finanzielle Förderung nicht zu leisten. Die wichtige Funktion, die den Gedenkstätten auch als Orte der Sensibilisierung für eine demokratische Entwicklung in der Zukunft zugeschrieben wird, muß sich auch in einer fortdauernden Unterstützung niederschlagen.

Immer häufiger wird bei Festreden und Einweihungen neuer Denkmäler und Gedenkstätten ausgedrückt, daß diese Orte für die junge Generation sehr bedeutend seien.

Der Vorsitzende des Verbands der Geschichtslehrer in Deutschland, Rolf Ballof, hat dem entgegen die Art kritisiert, wie heute mit dem Nationalsozialismus umgegangen wird: „Die öffentliche Diskussion darüber findet ja zumeist nur an Gedenktagen statt, dafür aber um so geballter. Viele Schüler haben ein feines Gespür dafür, daß dadurch eine wirkliche Auseinandersetzung mit diesen Themen eher verhindert wird.“⁴

Es stellt sich die Frage, warum gerade Schülerinnen und Schüler diejenigen sein sollen, denen mit erhobenem pädagogischen Zeigefinger die Auseinandersetzung mit der NS-Zeit anempfohlen wird. Wäre es nicht wichtiger, die Elterngeneration, die für die Schaffung der Rahmenbedingungen, in denen die Jugendlichen aufwachsen und lernen, verantwortlich ist, zu einer Auseinandersetzung anzuregen? Geschieht dies etwa nicht, weil es zwar möglich ist, Schülern im Klassenverband den Besuch in

Gedenkstätten zu verordnen, aber Erwachsenen nicht?

Die meisten Gedenkstätten können schon jetzt die großen Masse der Besucher nur unzureichend pädagogisch betreuen. Wenn der Besuch von Gedenkstätten als curriculare Anordnung festgeschrieben wird, kann das negative Auswirkungen haben: Uninteressierte Lehrer organisieren den Besuch in Form eines Wandertags, ohne sinnvolle Vor- und Nachbereitung im Unterricht, Schüler lassen den Besuch gelangweilt über sich ergehen und die Gedenkstätten sind quantitativ nicht in der Lage, den Lerngruppen angemessene Bildungsangebote bereitzustellen.

Mit der Forderung, den Besuch von Gedenkstätten zur Pflicht zu machen, zäumt man das Pferd von der falschen Seite auf. Dies ist um so erstaunlicher, als in der Gesellschaft im vereinten Deutschland dieselben Fehler wiederholt werden, die man an der DDR so vehement kritisiert hat: der verordnete Gedenkstättenbesuch, wenn auch mit anderen Inhalten.

Die Erinnerung an die NS-Verbrechen und seine Opfer kann nur glaubwürdig und authentisch sein, und damit auch ein intensives inneres Einlassen der jungen und alten Besucher mit sich bringen, wenn sie freiwillig und eigenverantwortlich stattfindet. Nicht die Frage, wieviel Auseinandersetzung, sondern welche Form der Erinnerung im Zusammenhang mit den Stätten der Verfolgung vorhanden ist, wird in Zukunft entscheidend sein.

Ich bin zuversichtlich, daß die Gedenkstätten auch in den nächsten Jahren eine wichtige Rolle in der deutschen Gesellschaft spielen können und über einen Mangel an Interesse nicht klagen müssen. Eine notwendige Voraussetzung dafür ist, daß sie ihre Arbeit fortentwickeln und so vielfältig wie möglich gestalten können.

In diesem Zusammenhang ist ebenfalls wichtig, wie sich die deutsche Gesellschaft insgesamt zu dem Thema verhält. Eine Auseinandersetzung mit der NS-Geschichte, ein Gedenken an die ungezählten Toten, die kein Grab haben und - im

⁴ in: DIE ZEIT, 19.8.1994.



besten Fall - ein Eintreten für ein humanes Zusammenleben, dürfen nicht nur auf die kleinen und mit einem solchen Anspruch vollkommen überforderten Institutionen abgeschoben werden. Dies ist und bleibt die Aufgabe der gesamten Gesellschaft in allen ihren Bereichen.

Es gibt viele Holocaust-Museen in Deutschland!

Das in Washington errichtete US Holocaust Memorial Museum hatte in den ersten eineinhalb Jahren seines Bestehens drei Millionen Besucher. Dieser Erfolg hat die Forderung, auch in Deutschland ein Holocaust-Museum zu errichten, verstärkt laut werden lassen. Eine Initiative, getragen von dem Hannoveraner Kulturwissenschaftler Hans-Jürgen Häßler, hat mit einem zunächst zweiseitigen, mittlerweile dreimal veränderten und insgesamt oberflächlichen Konzept die Unterstützung einer großen Anzahl von Bundes- und Landespolitikern, Wissenschaftlern und Kulturschaffenden für ein solches Projekt gefunden.

In vielen Gesprächen mit Überlebenden, die heute in den USA leben, und mit deren Organisationen, wurde mir der aus ihrer Sicht verständliche Wunsch deutlich, auch in Deutschland ein Holocaust-Museum als Symbol, daß sich diese Gesellschaft zu den Verbrechen während der Nazi-Zeit und der besonderen Situation der Juden bekennt, zu errichten.

Ich möchte jedoch im folgenden begründen, wieso ich der Meinung bin, daß dieses Symbol in der deutschen Gesellschaft nicht die in es gesetzten Hoffnungen erfüllen kann.

Wenn man sich auf einen Vergleich der über 100 in den USA bestehenden Holocaust-Museen und -Zentren mit den Gedenkstätten für die Opfer des NS-Regimes in Deutschland einläßt, werden Unterschiede im gesellschaftlichen Umfeld und der Arbeitsweise deutlich, die für die erwartete Wirkung eines Holocaust-Museums auf die

deutsche Gesellschaft von großer Bedeutung sind:

Die Gedenkstätten in Deutschland - darüber hinaus in allen von Deutschland während des zweiten Weltkriegs besetzten Ländern - besitzen als Ausgangspunkt die Dokumentation und Darstellung des historischen Ortes, an dem sie sich befinden. Mit der zunehmenden zeitlichen Distanz zur NS-Herrschaft wird dieser konkrete Ansatz noch wichtiger werden, da diese Stätten als Zeugnisse, daß sich die Geschichte tatsächlich hier abgespielt hat, nicht zu leugnen sind.

Dieser regionale Ansatz ist gerade für die Ausstrahlung in die Gesellschaft sehr wichtig, da man das Verbrechen nicht in die weit entfernte Hauptstadt Berlin abschieben kann, sondern sich damit auseinandersetzen muß, das auch "vor der Haustür" die Verbrechen stattgefunden haben.

In den USA - oder Israel - bestehen diese Möglichkeiten des Bezugs auf den "authentischen Ort" nicht. Der amerikanische Zugang hat dagegen den Vorteil, daß man die Geschichte frei von den Einengungen darstellen kann, die der Ansatz, mit der historischen Stätte umzugehen, mit sich bringt.

Es kann hier nicht detaillierter auf die inhaltlichen und gestalterischen Unterschiede zwischen den Holocaust-Museen in den USA eingegangen werden. Als ein Hinweis sei nur genannt, daß die Darstellung der Juden lediglich als Opfer, wie z.B. in dem Washingtoner Museum, auch kritisiert wird. Ein Ergebnis dieser Diskussion ist die Errichtung des „Museum of Jewish Heritage“ in New York, in dem der Zusammenhang von jüdischem Leben vor der NS-Zeit und dessen Zerstörung durch die Nazi-Völkermordpolitik dargestellt wird.

Ohne nochmals zu referieren, wieso ich aus ethymologischen Gründen den Begriff Holocaust für verkehrt halte, möchte ich betonen, daß auch die inhaltliche Ausfüllung dieses Begriffs Seitens der USA nicht auf Deutschland zu übertragen ist.

Sowohl im Washingtoner Holocaust Museum als auch z.B. von James Young in seinem Buch "Mahnmale des Holocaust", wird der Holocaust definiert als die Ermordung der Juden in Europa sowie anderer Gruppen wie Sinti und Roma, Behinderte und geistig Kranke, Homosexuelle usw.. Diese Definition nennt die Gruppen, die in den Dokumentationen der Verbrechen an den historischen Orten in Mitteleuropa ebenfalls aufgeführt werden. Es gibt so gut wie keine Orte, an denen nur eine Gruppe exklusiv verfolgt wurde. Immer haben Verknüpfungen mit anderen Verbrechenstatbeständen und Opfergruppen bestanden. Es geht den Gedenkstätten in Deutschland bei ihrer Arbeit nicht darum, durch den Vergleich der Verfolgungsstrukturen zu werten, welche Person oder Gruppe mehr und welche weniger gelitten haben, sondern, die Verfolgung der einzelnen Gruppen und Menschen so genau wie möglich darzustellen. Bei einer solchen Dokumentation werden die Unterschiede und Gemeinsamkeiten offenkundig. Diese Darstellung umfaßt notwendigerweise auch die Differenzierungen zwischen den nationalsozialistischen Völkermordverbrechen und den anderen Formen der NS-Verbrechen in diesem Zeitraum, von der Verfolgung der politischen Opposition im eigenen Land bis zu der brutalen Unterdrückung in den vom Deutschen Reich besetzten Ländern.

Es gibt jedoch einen inhaltlichen Grund, den Begriff Holocaust nicht in Deutschland zu verwenden: In den USA - und Israel - werden die Erinnerung an die NS-Verbrechen und die Museen von der jüdischen Gemeinschaft, so unterschiedlich sie auch ist, getragen. Der Zugang zu dieser Geschichte besteht entweder aufgrund der biographischen Erfahrung der Verfolgung in der NS-Zeit oder der Zugehörigkeit zum jüdischen Volk, wie immer dies auch von den Einzelnen definiert wird. In den Holocaust-Museen wird die Geschichte aus der Opferperspektive erzählt. Eine große, vielfältige und lebendige jüdische Gemeinschaft steht hinter den Institutionen.



In Deutschland dagegen ist der Bezug zur Tradition der Täter- und Mittätergesellschaft für die heutige Arbeit bestimmend. Biographische Bezüge zu Opfergruppen hat nur der kleinste Teil der Gesellschaft. Eine Empathie mit den Verfolgten muß erst inhaltlich erarbeitet werden. Die Auseinandersetzung mit der NS-Geschichte kann in Deutschland nur glaubhaft sein, wenn neben dem Gedenken an die Opfer auch eine Beschäftigung mit den Tätern und den Strukturen stattfindet, die diese Verbrechen erst ermöglicht haben.

Da in der deutschen Gesellschaft kein Konsens bezüglich der Bewertung der Ermordung der europäischen Judenheit besteht, ist die Frage, wer Träger eines solchen Museums werden kann. Es bleibt zu befürchten, daß politische Richtlinien eher als unvoreingenommene Forschung diese zentrale Einrichtung inhaltlich bestimmen würden; ihre Integrität und Glaubwürdigkeit wäre von Anfang an in Zweifel gezogen. Die bisherige Struktur der Erinnerungsarbeit in Deutschland mit den zahlreichen dezentralen Einrichtungen, die sehr verschiedene inhaltliche Zugänge und konstruktive Diskussionen ermöglicht, würde mit einer solchen zentralen Interpretation zerstört.

Die BefürworterInnen eines Holocaust-Museums leiten gerade aus der lokalhistorischen Arbeitsweise der bereits arbeitenden Gedenkstätten die Forderung ab, an einer zentralen Stelle an das größte Verbrechen der NS-Zeit zu erinnern; zumal die Ermordungsstätten der europäischen Judenheit nicht auf dem deutschen Reichsgebiet, sondern in den besetzten Gebieten im Osten und heute somit außerhalb Deutschlands liegen.

In einer Zeit, in der die Entfernungen schneller zu überwinden sind, stellt sich jedoch die Frage, ob man in Mitteleuropa die „Gedenkstättenlandschaft“ nicht als ein großes Gesamtnetz sehen kann. Von Berlin aus ist man mit dem Zug in dreieinhalb Stunden in Usti und kann mit dem Bus wenig später die Gedenkstätte Theresien-

stadt erreichen. Eine neue IC-Linie nach Wroclaw ist eingerichtet und damit der Besuch der Gedenkstätte Auschwitz wieder ein Stück einfacher geworden.

In allen großen Gedenkstätten in Deutschland wird der Zusammenhang dieser Stätten mit dem Völkermord dargestellt. Sei es, indem z.B. die Verhaftungswelle nach der "Reichskristallnacht" und die Verschleppung der Juden in das jeweilige KZ dokumentiert sind, oder indem die Deportation von ungarischen Jüdinnen, die von Auschwitz in Außenlager der KZ im Reichsgebiet zur Zwangsarbeit verbracht wurden, aufgezeigt, sowie indem in anderen Ausstellungen dargestellt wird, daß die Mannschaften, die die Gaskammern der "Euthanasie"-Anstalten betrieben haben, danach eine wichtige Funktion bei der Ermordung der Juden übernommen hatten. Aus inhaltlichen Gründen ist es unhaltbar, die Verfolgungsgeschichte an den Juden ohne den historischen Zusammenhang aufzuzeigen. Bei einem zentralen Holocaust-Museum ergibt sich daraus das Problem, entweder unlösbare Abgrenzungs- und Definitionsfragen bewältigen oder eine Mammutinstitution neu schaffen zu müssen.

Die Ausstellung im US Holocaust Museum ist sehr groß. Dennoch kann der Bereich des Krankmordes lediglich mit einer Vitrine und einigen Hinweisen zum Zusammenhang mit der medizinischen Forschung an anderer Stelle behandelt werden. In Deutschland bestehen zur Zeit in Hadamar und Bernburg zwei Gedenkstätten, die sich umfassend mit diesem Thema auseinandersetzen. In Grafeneck gibt es ein Mahnmal mit einer kleinen Ausstellung und in Sonnenstein/Pima arbeitet eine Initiative an der Einrichtung einer weiteren Gedenkstätte für die Opfer der „Euthanasie“.

An diesem einen Beispiel wird offenkundig, daß der regionalgeschichtliche Bezug die Möglichkeit bietet, sich in einzelnen Gedenkstätten dem Schwerpunkt, den man persönlich auswählt, zu widmen. Selbst in einer so großen Einrichtung wie der in

Washington, mit einem Mitarbeiterstab, der größer ist, als der in allen Gedenkstätten in Deutschland zusammen, können solche wichtigen Themen nur am Rande behandelt werden.

Die etwa 65 in Deutschland bestehenden größeren und kleineren Gedenkstätten übernehmen in ihrer musealen und pädagogischen Arbeit bereits zahlreiche Aufgaben, die von einem Holocaust-Museum erwartet werden. Die Errichtung eines Holocaust-Museums birgt die Gefahr in sich, daß die damit verbundene Zentralisierung für eine Erinnerungsarbeit an anderen Orten kontraproduktiv ist.

An einem Beispiel in Berlin kann man dieses Problem verdeutlichen: Im Bezirk Steglitz ist die Errichtung einer Spiegelwand als Mahnmal für die deportierten und ermordeten Steglitzer Juden am Standort einer ehemaligen Synagoge auf mehr oder wenige heftige Ablehnung gestoßen. Ein Argument, dieses Mahnmal zu verhindern, war, man bräuchte dieses Denkmal doch nicht mehr, wenn demnächst in der Nähe des Brandenburger Tors ein zentrales Mahnmal für die ermordeten Europäischen Juden eingerichtet würde.

Der oben angesprochene Aufruf für die Errichtung eines Holocaust-Museums in Deutschland stellt an die Gedenkstätten die Anfrage, wieso es ihnen nicht gelungen ist, ihre Arbeit in den letzten 15 Jahren öffentlich so bekannt zu machen und zu verankern, daß es unmöglich geworden wäre, aufgrund dieses kurzen, unausgereiften Aufrufs so viele engagierte und politisch versierte Personen zu einer Unterstützung eines Holocaust-Museums zu aktivieren. Zugleich ist das inhaltliche Niveau, auf dem die Diskussion geführt wird, ein Ausdruck für die Notwendigkeit, die vielfältigen Möglichkeiten und Fragestellungen, die sich mit dem Gedenken an die NS-Opfer und deren Gegenwartsbedeutung stellen, intensiv und konzentriert weiterzuverfolgen.

Es ist offenkundig, daß sich die Gesellschaft dieser Aufgabe annehmen muß und sie nicht in ein Museum abschieben darf.



Die Gedenkstätten, die vor Ort die Geschichte dokumentieren, benötigen Hilfestellungen, um die von ihnen entwickelte Praxis weiter zu verbessern. Zur Unterstützung der Erinnerungsarbeit erscheint so-

wohl die Unterstützung der Gedenkstätten an den historischen Orten, als auch die Koordinierung, Zusammenarbeit und Beratung zwischen den Gedenkstätten - und mit wissenschaftlichen Einrichtungen - im

fachhistorischen, musealen und pädagogischen Tätigkeitsfeld wesentlich sinnvoller, als die Schaffung eines weiteren Museums.



Häftlinge des KZ Sachsenhausen und ein Soldat der Roten Armee bei der Befreiung eines Todesmarsches
Foto: Archiv Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen